

Kooperationsgebot statt Kooperationsverbot!

Ankündigung der Großen Koalition zum Kooperationsverbot schießt am Ziel vorbei

Die von Finanz- und Bildungsministerium zum Kooperationsverbot vorgeschlagene Initiative zeigt, dass die Große Koalition die Forderung zur Aufhebung entweder nicht verstanden hat oder nicht ernst nehmen will.

Die vorgeschlagene Änderung des Grundgesetzes in §91b soll die Förderalismusreformen I+II, welche sich als schwerwiegende Fehler für den Bildungs- und Wissenschaftssektor herausgestellt haben, wieder korrigieren. Jedoch kratzt der Änderungsvorschlag bestenfalls an der Oberfläche und vernachlässigt, dass der Bund endlich für eine solide Grundfinanzierung der Bildungseinrichtungen aufkommen muss.

Die GroKo ist den Hochschulen hier noch einige Antworten schuldig, denn das vorgestellte Paket wirft mehr Fragen auf, als es beantwortet:

So ist unverständlich warum die GroKo sich bei der Förderung weiter auf Projekte von "überregionaler Bedeutung" beschränken möchte. Denn die projektbezogenen Maßnahmen wie der Hochschulpakt, der Pakt für Forschung und Innovation und die Exzellenzinitiative, ermöglichen keine langfristige und sinnvolle Finanzplanung an den Hochschulen.

Ebenso unklar ist, warum sich der Bund nicht endlich traut, selbst Verantwortung für die Bildungseinrichtungen zu übernehmen und sich stattdessen weiter hinter der "Zustimmung aller Länder" versteckt. Der Vorschlag der GroKo ähnelt einem Gesetzentwurf den die Länder erst vor zwei Jahren im Bundesrat als absolut unzureichend abgelehnt haben, weil er die derzeitigen Problemlagen im Bildungssektor verkennt. Damit bleiben Investitionen in die Bildung ein Spielball politischer Verteilungskämpfe zwischen den Ländern.

Klar erkennbar ist dies auch in der Absicht, Bundesfinanzierung weiter auf Exzellenzinitiativen und Forschungsbauten zu reduzieren. So sollen weitere Verteilungskämpfe um Forschungsmittel geschürt und eine echte bedarfsorientierte Ausfinanzierung des Bildungssystems verhindert werden. Kooperation lebt aber gerade davon, nicht zwischen Bildungsinstitutionen um Mittel zu kämpfen.

Dass die GroKo hier vergisst, die Kindertagesstätten und Schulen zu erwähnen, zeugt von einem verengten Blick, welcher die Zusammenhänge im Bildungssystem übersieht. Die Grundfinanzierung aller Einrichtungen und Vorhaben der Bildung, Wissenschaft und Forschung müssen durch eine verbindliche Zusammenwirkung von Bund und Ländern gesichert werden. Die unterschiedlichen Bildungsbereiche dürfen nicht finanziell gegeneinander ausgespielt werden.

Dafür muss die GroKo jetzt neu ansetzen, das Kooperationsverbot restlos aufheben und sich endlich dauerhaft an der Bildungsausfinanzierung beteiligen.

Pressemitteilung des

Bildungsstreiks 2014

16.06.2014

Bildungsstreik2014

presse@bildungsstreik2014.de

www.bildungsstreik2014.de

#bildungsstreik14